

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
End in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Ein ungeheuerlicher Strafantrag.

2 Jahre Gefängnis, weilasmus sich „mit dem Mob der Straße eins fühlte“!

Chemnitz, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Am achten Verhandlungstage erhält der Oberstaatsanwalt Dr. Weber zur Fortsetzung seines Plädoyers das Wort. Zunächst entschuldigt er sich, er habe selber nicht geglaubt, daß seine Schlussrede so lange dauern würde! Aber die Schuld liege an dem Angeklagten, (1) denn dieser habe von seiner Redefreiheit während der Verhandlung einen so reichen Gebrauch gemacht, daß seine Schlussrede so lange dauern müsse. Dann wandte sich Dr. Weber den gestern noch nicht behandelten „Illustrationsfällen“ zu und begründete die Anklage in der schon bekannten Weise. Er betonte immer wieder besonders stark, daß die Politik in diesem Prozeß keine Rolle spiele. Es sei nur zu untersuchen, ob sich der Angeklagte mit dem Mob der Straße eins gefühlt habe. Endlich begann er nach etwa sechshündigter Rede mit der Besprechung der bekannten sieben Anklagepunkte. Befriedigend war es zu sehen, wie er im Fall Schütte sich aus der peinlichen Situation retten wollte, da er ja die Einstellung der Anklage seinerzeit für richtig gehalten und gedeckt hatte. Bekanntlich wurde später auf dem Umwege über das Reichswehrministerium der Fall zur Anklage gebracht. Die Behandlung erbrachte nichts Wesentliches.

Am Schluß seines circa 7 stündigen Plädoyers kam der Anklagevertreter zum Strafantrag. Er beantragte für jeden der sieben Fälle eine Strafe von sechs Monaten Gefängnis und zog die Gesamtsstrafe zu einem Antrag von zwei Jahren Gefängnis zusammen. Von einem Ehrverlust oder Zuchthausstrafe, wie ihn das Gesetz vorsieht, hat er Abstand zu nehmen.

Mißbrauch der Justiz.

Die unhaltbaren Rechtszustände in Thüringen.

Als am Dienstag in Rudolstadt das Zuchthausurteil vom Genossen Worch genommen wurde, da brach in reichlich Jahresfrist die fünfte Hege zusammen, die sich gegen Sozialdemokraten an hervorragender Stelle richtete.

Im November 1923 marschierte die Reichswehr in Thüringen ein. Damit begann, zweifellos gestützt durch die Reichswehr, ein konzentriertes Restreben gegen die Sozialdemokratie, die zu jener Zeit in der Regierung saß. Reichswehr und bürgerliche Presse arbeiteten gut zusammen, um einen Sozialdemokraten nach dem anderen ehrenrühriger Vergehen oder Verbrechen zu beschuldigen und so zur Strafe zu bringen. Man sollte dadurch in erster Linie die Partei treffen und unmöglich machen.

In den Tagen des Reichswehrmarches wurde der amtierende Innenminister, Genosse Herrmann, nach Verständigung mit dem Heeresanwalt von der Strafe weg verhaftet. Man beschuldigte ihn des Betruges und der Urkundenfälschung und verurteilte ihn sogar, um am Ende doch seine Unantastbarkeit zugestehen zu müssen. Nachdem die Hege gewirkt hatte, sprach man ihn frei.

Das zweite Opfer war der Staatsbankpräsident Genosse Voeb. Die Völligkeiten forderten seinen Stalp. Und die Regierung, deren Programm angeblich die Wiederherstellung der Ordnung war, gewährte ihn. Man beschuldigte ihn des Attentats und des Meineides. In der ersten Angelegenheit ist das Verfahren noch nicht beendet. Die Meineidsanklage brach elend zusammen. Aber auch hier war das Ziel erreicht, ein Mann verurteilt und die Sozialdemokratie geschädigt.

Dann kam das Verfahren gegen den republikanischen Landgerichtspräsidenten Spah. Beschuldigung des Meineides und der Begünstigung. Doch auch hier brach die Anklage zusammen.

Als vierter sollte Pfarrer Fuchs daran glauben. Ein Pfarrer, der Sozialdemokratie ist und noch dazu sich erlaubt, eine Zufassung von den Dingen zu haben, die mit der Auffassung der herrschenden Klasse im Widerspruch steht, das war gewissen Kreisen zu viel. Man leitete deshalb gegen ihn ein Verfahren ein mit dem Ziele, ihn aus seinem Amte zu entfernen. Die Kirchenbehörde untersuchte und — fand nichts. Nun fand sich ein Landgerichtsdirektor, der Strafantrag stellte. Aber Fuchs mußte freigesprochen werden.

Nun kam als fünfter Worch an die Reihe. Er war nicht etwa der letzte in dieser Sammlung, sondern hatte nur das Bed, als letzter rehabilitiert zu werden. Geheht wurde gegen ihn seit Anbeginn des Reichswehrmarches. Herrmann wurde unter dem Schutze der Reichswehr als Minister verhaftet. Worch, der in den kritischen Novembertagen 1923 an der bayerischen Grenze seine Pflicht tat, eine Pflicht, die im wahren Sinne vaterländisch war, wurde auf Verlangen des Reichswehrbefehlshabers seines Amtes enthoben und strafrechtlich verfolgt. Ja, Worch mußte in jenen Tagen sogar einige Monate verschwinden, um nicht verhaftet zu werden! Er, der Beamte, der auf Anweisung seiner Regierung als stellvertretender Leiter des Landesstrafkammerkollegiums gegen Hochverräter vorging! Zwei dieser Hochverräter gingen hin und beschwerten sich, weil sie angeblich bedroht worden seien. Und ein Reichswehrkommandeur fand sich, der daraufhin Anzeige erlatete. Die Staatsanwaltschaft Rudolstadt untersuchte die Angelegenheit und berichtete, daß es vom subjektiven Standpunkt aber ausgeschlossen sei, daß Worch verurteilt werde. Das Innenministerium — wohlgerne, nicht das zuständige Justizministerium — ist aber mit diesem Bescheid nicht zufrieden. Man wird nicht schlagend in der Annahme, daß an einer solchen Stellungnahme der Leiter des Bundesstraf-

amtes, Riisch, der aus sehr persönlichen Gründen erbitterter Feind von Worch ist, stark interessiert war. Riisch hatte wenigstens zur Zeit der Anklageerhebung einen gewissen Einfluß im Innenministerium. Infolge dieses Bescheides befaß nun das Justizministerium, entgegen der Auffassung der Staatsanwaltschaft, die Anklage zu erheben. Wir haben es hier mit einer ministeriellen Anordnung zu tun, die in Thüringen nicht einmal einzig dasteht. Im Prozeß gegen den Genossen Herrmann wirkte der Heeresanwalt als treibende Kraft. Im Prozeß gegen Voeb war es der Finanzminister. Der Staatsanwalt, der abhängig ist, muß solchen Wünschen entgegen seiner sachlichen Meinung nachkommen, wenn er nicht seine Stellung gefährden will. Das führt dann zu Zuständen wie im Fall Worch: daß derselbe Staatsanwalt, als er sich noch nicht gebunden fühlte, erklärte, eine Verurteilung sei unmöglich, dann aber infolge des aus ihm lastenden Druckes für ein Jahr Zuchthaus eintrat!

Esht es sich angesichts dieser Fälle noch leugnen, daß in Thüringen die Rechtsprechung dazu mißbraucht wird, republikanische Beamte, die an exponierter Stelle gestanden haben, systematisch in ihrer Ehre zu schädigen und damit das Ansehen der Republik zu untergraben? Von einer Unabhängigkeit der Justiz kann unter diesen Umständen nicht mehr die Rede sein und eine Rechtsprechung, die nicht den Mut findet, gegen diesen Mißbrauch ihrer Zweckbestimmung vorzugehen, kann sich nicht darüber beklagen, wenn man ihr jedes Vertrauen ver sagt.

Eine Erklärung am Zehnhofts.

Energische Zurückweisung der „Deutschen Tageszeitung“.

Bei der heutigen Beratung des Justizrats im Hauptauschuß des Preussischen Landtags ergriff der Justizminister Am Zehnhoft das Wort, um die unerhörten Unterstellungen der „Deutschen Tageszeitung“ zu seiner gestrigen Rede zurückzuweisen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte bekanntlich behauptet, der Minister Am Zehnhoft habe seinen Ministertölgern, den Ministerpräsidenten Genossen Braun, „sachlich der verleumderischen Beleidigung des Richterstandes bezichtigt“. Dies bezog sich auf die Bemerkungen, die Am Zehnhoft über die Hamburger Rede Brauns zum Gememordprozeß Panier gemacht hatte. Justizminister Am Zehnhoft erklärte, daß ihm diese Auslegung seiner Worte völlig unverständlich sei, er habe derartiges weder gesagt, noch sagen wollen. Er habe das volle Vertrauen in die Wahrheitsliebe des Ministerpräsidenten, das bei ihm völlig ausschließe, den Ministerpräsidenten einer Verleumdung preussischer Richter wider besseres Wissen für fähig zu halten.

Im übrigen ist zu bemerken, daß der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ wohlweislich verschweigt, daß auch der Justizminister Am Zehnhoft in seiner gestrigen Rede den Ausschluß der Öffentlichkeit im Gememordprozeß Panier sachlich für völlig unberechtigt erklärt hat.

Französische Verwahrung gegen Mussolini.

Durch Marineminister Lengués im Senat.

Paris, 17. April. (W.T.B.) Nach dem stenographischen Bericht über die gestrige Senatsitzung, in der, wie bereits berichtet, einige Redner bei Diskussion des Marinebudgets unter deutlichen Hinweisen auf Mussolinis Reden van der Mittelmeerfrage gesprochen haben, antwortete Marineminister George Lengués u. a.: „Wir besitzen Elitemannschaften und Elitoffiziere, die ihre Pflicht ohne viel Aufhebens erfüllen. Jede große Nation muß eine Marine haben, denn wenn unsere Meeresfront nicht unangreifbar gewesen wäre, hätte unsere Landfront nachgeben müssen. Wöge niemals wieder ein Krieg kommen, aber wenn es doch geschieht, dann werden Marine und Luftschiffahrt eine Rolle ersten Ranges spielen. Das Meer muß frei sein. Niemand hat ein Recht zu sagen: dieses Meer gehört mir. Es gibt keine Domäne, die internationaler wäre als unsere Politik.“

Frankreichs Schuldensundierung.

Vor einem Kompromiß über die Berücksichtigung der Zahlungsfähigkeit.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet, daß eine prinzipielle Einigung über die Regelung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten erzielt worden sei. Die Höhe der in Aussicht genommenen Jahreszahlungen ist noch nicht bekannt. Was die Sicherungsklausel betreffe, über die die im September geführten Verhandlungen gescheitert sind, so soll darüber zwar noch keine endgültige Einigung erzielt worden sein, man schein jedoch den Weg zu einer Kompromißformel in dieser Frage gefunden zu haben. Frankreich soll bereit sein, darauf zu verzichten, in dem zukünftigen Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen zu lassen, die eine enge Verbindung zwischen den Reparationszahlungen und den französischen Jahreszahlungen herstelle. Hingegen werde Amerika Frankreich eine Klausel zugestehen, die im Falle der Verminderung der Zahlungsfähigkeit Frankreichs eine entsprechende Abänderung der französischen Zahlungen vorsehe. Diese Klausel würde namentlich im Falle der Verminderung oder des Ausfalls der deutschen Reparationszahlungen Anwendung finden.

Lohn und Verbrauch.

Ungleichheiten der Steuerleistung.

Die Lohnsteuer stellt nach den Worten des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold das „feste und bewährte Gefüge der Besteuerung des Arbeitseinkommens an der Quelle“ dar. Das ist die Lohnsteuer in der Tat. Das neue deutsche Steuersystem ist ohne die Lohnsteuer nicht mehr denkbar. Keine andere Steuer liefert einen so großen Ertrag, keine ist in ihrem Aufbau so einfach und verursacht so geringe Erhebungskosten. Es ist daher kein Wunder, daß sie von allen Finanzministern hoch geschätzt wird. Aber auch die Lohnsteuerpflichtigen haben sich mit ihr abgefunden. Sie wünschen selbstverständlich, daß die Grenze des steuerfreien Einkommens weiterhin erheblich erhöht wird, daß der Satz der Steuerbelastung erniedrigt wird, und daß die Lohnsteuer auch in ihrem Aufbau den besondern Verhältnissen des einzelnen Steuerpflichtigen mehr als bisher Rechnung trägt.

Die Masse der Lohnsteuerpflichtigen hat aber stets anerkannt, daß die Besteuerung des Arbeitslohns an der Quelle, durch die alle Arbeitseinkommen restlos erfasst werden, an sich gerechtfertigt ist. Dieser Grundsatz aber wird sich nur dann aufrechterhalten lassen, wenn er nicht zu einem Ausnahmegefeß gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger führt, sondern wenn auch die freien Einkommen vollständig zur Steuerleistung herangezogen werden. Bisher ist das nicht geschehen. Jetzt aber, wo zum ersten Male seit langer Zeit wieder eine ordnungsgemäße Veranlagung stattfindet, müssen alle Mittel aufgeboten werden, um die frühere Ungleichheit der Steuerlast zwischen Lohnsteuerpflichtigen und Veranlagungspflichtigen zu beseitigen. Die wirksamsten Mittel hierzu, Buchprüfung und Offenlegung der Steuerlisten, werden zwar infolge des Widerstandes der besitzenden Schichten entweder gar nicht oder nur ungenügend angewendet.

Auch sonst sind die gesetzlichen Bestimmungen nicht immer ausreichend, um eine restlose Besteuerung durchzuführen. Noch immer gibt es zahllose Steuerpflichtige, die behaupten, kein Einkommen zu haben. Sie leben jedoch, und zwar meistens nicht gerade schlecht, befinden sich sogar vielfach im Besitze von Villen, Autos und haben eine luxuriöse Lebenshaltung. Schon früher war es schwierig, solche Personen zur Steuerleistung heranzuziehen, da es selten gelingt, den Nachweis zu führen, daß sie Einkommen gehabt haben und in welcher Höhe. Man entschloß sich infolgedessen, in solchen Fällen nicht das Einkommen zu besteuern, sondern den Verbrauch.

Als gesetzliche Grundlage für die Besteuerung nach dem Verbrauch kommt § 49 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 in Betracht. Dort heißt es: „Steht das festgestellte Einkommen eines unbeschränkt Steuerpflichtigen unter Berücksichtigung der gesamten Lebensverhältnisse in einem offensichtlichen Mißverhältnis zu seinem Verbrauch, so kann dieser an Stelle des Einkommens der Besteuerung zugrunde gelegt werden.“ Absatz 2 des § 49 sagt dann weiter: „Verbrauch im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere die zur Bestreitung des Haushalts und der Lebensführung des Steuerpflichtigen einschließliche der zu seinem und seiner Familienangehörigen Unterhalt aufgewendeten Beträge, sowie die Ausgaben zum Erwerb von Gegenständen, die beim Steuerpflichtigen nicht der Vermögenssteuer unterliegen.“ Die beiden letzten und wichtigsten Abfäße bestimmen: „Ein offensichtliches Mißverhältnis zwischen dem Einkommen und dem Verbrauch kann nur dann angenommen werden, wenn der Verbrauch mindestens um die Hälfte höher ist als das Einkommen.“ Die Vorschrift des Absatzes 1 findet keine Anwendung, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß er den Verbrauch aus Vermögen bestritten hat, das bei seinem Entstehen in den letzten drei Jahren der Besteuerung nach dem Einkommensteuergesetz unterlegen hat. Die Vorschrift des Absatzes 1 findet nur Anwendung, wenn der Verbrauch mindestens 15 000 M. jährlich beträgt.“

Diese Bestimmungen sind in jeder Beziehung ungenügend. Sie können, aber müssen nicht angewendet werden. Sie treten nur ein, wenn ein „offensichtliches Mißverhältnis“ zwischen Einkommen und Verbrauch vorliegt. Auch ist ihre Anwendung davon abhängig, daß der Steuerpflichtige Verbrauch mindestens 15 000 Mark jährlich beträgt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb diese weitgehende Begünstigung von steuercheuen Elementen entschieden bekämpft und erst neuerdings den Antrag gestellt, alle Bestimmungen zu beseitigen, die die Besteuerung nach dem wirklichen Verbrauch hemmen. Aber auch diesmal ist dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags abgelehnt worden.

Das ist um so bedauerlicher, da gerade in der letzten Zeit zahllose Mitteilungen erkennen lassen, daß insbesondere östlicher Großgrundbesitz ganz oder fast ganz steuerfrei ist, weil sich ein Einkommen bei ihm nicht nachweisen läßt und die Bestimmungen über die Besteuerung nach dem Verbrauch schwer anwendbar sind. Immerhin haben jetzt die zahllosen Klagen über diese steuerliche Ungerechtigkeit dazu geführt, daß das Reichsfinanzministerium in einem Erlass vom 9. März an die Landesfinanzämter die strengere Veranlagung der buchführenden Landwirte vorgeschrieben hat. Der erste Teil dieses Erlasses beschäftigt sich mit den Fällen, in denen eine Buch- und Betriebsprüfung eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen ist, so daß eine vorläufige

Freifügung der Vorauszahlungen erforderlich ist. Der Finanzminister wendet sich dagegen, daß diese vorläufige Veranlagung schematisch nach den Durchschnittssätzen für nichtbuchführende Landwirte erfolgt. Es müßten vielmehr alle Umstände berücksichtigt werden, die dem Finanzamt bis dahin bekannt geworden sind. Insbesondere kann aber auch schon die vorläufige Veranlagung nach dem Verbrauch vorgenommen werden.

Im Anschluß daran weist der Finanzminister darauf hin, daß gerade bei den Großgrundbesitzern Fälle vorkommen werden, die auch für eine endgültige Besteuerung nach dem Verbrauch geeignet sind. Der Erlaß führt aus:

„Es wird vielfach behauptet, daß Großgrundbesitzer auf Grund ihrer Buchführung ein ganz geringes Einkommen oder sogar einen Verlust aufweisen, während bei bäuerlichen Betrieben ein Einkommen festgestellt werde. Zum Teil mag das auf die größere Verschuldung des Großgrundbesitzes zurückzuführen sein, zum Teil wird die Buch- und Betriebsprüfung dazu führen, daß auch bei den Großbetrieben ein nicht unerhebliches Einkommen festgestellt wird. Es besteht jedoch Anlaß darauf hinzuweisen, daß gerade bei den Besitzern großer landwirtschaftlicher Güter Fälle vorkommen, die sich für die Besteuerung nach dem Verbrauch eignen. Entsprechend den Richtlinien des Runderlasses vom 29. Dezember 1923 wird es sich deshalb empfehlen, bei der endgültigen Veranlagung solcher Großgrundbesitzer eine Entscheidung des Steueraussschusses darüber herbeizuführen, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe die Besteuerung nach dem Verbrauch vorgenommen werden soll.“

So ungenügend diese Anweisung auch ist, so kann sie doch dazu benutzt werden, den Großgrundbesitz, der sich der Zahlung der Einkommensteuer entziehen will, nach dem Verbrauch zu besteuern. Aus Furcht, daß das geschehen wird, versucht man daher, die Steueraussschüsse durch Ausschaltung von Arbeitervertretern einseitig zu beeinflussen. Die Arbeitervertreter in den Steueraussschüssen haben daher darüber zu wachen, daß die Finanzämter bei steuerfreien Großgrundbesitzern die Besteuerung nach dem Verbrauch vornehmen.

Auf die Dauer aber kann mit so kleinen Mitteln nicht weitergearbeitet werden. Wenn die Veranlagung zur Einkommensteuer abgeschlossen ist, muß auch neue der Reich gemacht werden, die Besteuerung nach dem Verbrauch auszuweiten, um auch auf diesem Wege die formelle Steuergleichheit auch in der Praxis zu verwirklichen.

„Masken herunter.“

Die Gebetsmühle der Kommunisten.

Papier ist bekanntlich geduldig. Es muß sich widerstandlos gefalten lassen, daß die Weisheiten von Alphabeten auf ihm wiedergegeben werden. Noch viel geduldiger als das Papier der „Roten Fahne“ sind aber offenbar die bedauernswerten Leser. Seit Tagen erscheinen in der Beilage unter der dreispaltigen Ueberschrift „Herunter mit den Masken“ furchtbare Abrechnungsartikel, die die Ultralinken in der KPD. endgültig erledigen sollen. Nicht nur die Kog, Korsch und Schwarz, sondern auch die Ruth Fischer-Maslow-Anhänger Urbahns und Weber sollen endgültig erledigt werden. Früher schrieb der literarische Bravo der Bolschewiki Karl Kadel eine Broschüre unter diesem schönen Titel gegen die Wiener Menschewiken. Ein Herr B. B. Schmidt reißt jetzt den neuesten Feinden der KPD. die „Maske herunter“. Als man heute den dritten Artikel (Gänge etwa ein Kilometer) las, hatte man die Hoffnung, nun wenigstens am Schluß auch wirklich die Missetäter vernichtet zu sehen. Aber siehe da: es werden weitere Artikel in Aussicht gestellt, in denen der „Unglaube“ der Ultralinken an die ideale Entwicklung in Rußland zerpflückt werden soll. Derweil wird Rußland von dem Fieber einer typisch kapitalistischen Wirtschaftskrise geschüttelt und sucht durch eine Anleihe bei den Amerikanern sich zu sanieren! Wahrscheinlich soll der Nachweis erbracht werden, daß das nicht „sozialistisch“ ist.

Die Arbeitslosen.

Eine Vision von Elisabeth Bernhardt.

Aus dem Meere steigt ein unabsehbarer Zug von Männern und Frauen auf, durch Dünen und Halbe bewegt er sich in das dunkelnde Land hinein. Die Luftsteigenenden wirken erschreckend groß gegen die unendliche Weite, die hinter ihnen liegt. Stumm ist die Wanderung, nur das gleichmäßige Stampfen der Füße im Boden, nur das gemeinsame Schreiten ist hörbar.

Voran gehen die Bergleute und die Hüttenarbeiter, ruhig und sicher, die harten Gesichter ernst und sorgenvoll. Die Männer aus der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie, der chemischen Industrie folgen, zielbewußt und gesammelt. Männer und Frauen aus Spinnereien, aus Tuch- und Hutfabriken bewegen sich in endlosen Reihen vorwärts. Nun kommt eine Schar von Heimarbeiterinnen, mühselig wandernd, habend mit dem Schicksal, und die dünnen Lippen rechnend und zählend, wieviel wohl morgen das Essen kosten darf.

Und dann nähert sich eine kleine Zahl sonderlich aussehender alter Männer und Frauen, atmödisch gekleidet, mit einer armseligen Erzano: die verarmten Reichen. Sie gehen ängstlich und kümmerlich einher, und sehen sich um und schämen sich, dabei zu sein. Und sie hängen an dem, was einmal war, und haben den Mund voll Bitterkeit gegen das was ist. Und einige haben einen stillen Haß in ihren Augen, und andere tragen ein freundlich-gleichgültiges Wesen zur Schau, denn sie sind abgestumpft und haben sich abgefunden. Und alle sind sie alt und müde vom Leben, und schleppen dennoch jeder eine Kleinigkeit mit, die ihnen lieb ist: ein Kinderbild, den guten Mantel, eine blühende Azalee.

Und nach ihnen eine Schar mit Gesichtern, in denen Kampf und Zweifel geschrieben steht, und Willen und Verneinung: die geistigen Arbeiter und die Künstler. Manche von ihnen gehen wie in Gedanken mit im Zuge, und scheinen nicht recht zu wissen, warum sie dabei sind. Es sind aber auch Gesichter darunter, aus denen der Hunger schreit, und die dennoch mit dem Trost des Prometheus stolz und höhnisch das Schicksal herausfordern: „Wähntest du etwa, ich sollte das Leben hassen?“ — O, wie klein denkst du, Gott, von mir, der ich auch ein Schöpfer bin. „Weil nicht alle Blütenträume reifen?“ — bin ich darum weniger als du, Vollenkender? Ist das Werden nicht gleichwertig dem Sein, das Werden nicht gleichwertig dem Gewordenen? Und sind nicht Blütenträume köstlich, auch wenn sie niemals reifen?

Und nach ihnen kommen ein paar Kinder spielend mitgezogen, neugierig und verbotenerweise, während der Zug allmählich im tiefen Dunkel der Nacht verschwindet: gespensterhaft, gleich einem mittelalterlichen Teufelanz, genau an die leeren Kirchenwände unserer Zeit.

Gelegentlich charakterisieren sich die streitbaren Heiden aber doch selber besser, als der Gegner es könnte. So wird einem Ultralinken folgendes ins Stammbuch geschrieben:

„Genosse Weber kann meinerwegen eine Gebetsmühle an seinem Schreibtisch anbringen lassen, die Tag und Nacht nur die Thesen über die Rolle der Partei leiert, er wird die bolschewistische Auffassung von der Partei und ihrer Rolle in der Revolution doch liquidieren.“

Die augenblicklichen „Leiter“ der KPD. könnten sich vielleicht auch so eine Gebetsmühle anbringen lassen. Zum Beispiel wäre der Spruch Wilhelms: „Schwarzseher dulde ich nicht“ für diese Jünglinge sehr geeignet. „Rußland ist groß, und was dort geschieht, ist heilig. Wir parieren, Schwarzseher fliegen hinaus“, das ist die einzige Weisheit dieser Stalinschen Laeken. Und damit werden wir sie auf die Dauer zwar vor Stalin, aber nicht vor den deutschen Arbeitern bestehen.

Kommunistische Zureicherungsversuche.

Vom Bezirksvorstand Berlin wird uns geschrieben:

„In der KPD herrscht völliges Durcheinander. Das hat dazu geführt, daß diese Partei weder Kraft noch Zeit findet, sich für die Arbeiterinteressen einzusetzen. Die Kog, Korsch, Schwarz und Scholem haben deshalb wiederholt das Ende der KPD. vorausgesagt.“

Um die Aufmerksamkeit von diesem inneren Wirwar abzuwenden, veranstaltet die KPD. unter der Firma des „Rußlandkomitees“ eine Versammlung, zu der sie besonders sozialdemokratische Arbeiter Berlins bei 20 Pf. Eintrittsgeld einladet. In der Versammlung sollen angeblich die aus der Sozialdemokratie ausgeschlossenen Lauer Freiberger aus München und Hermann Rehle, Berlin sprechen, die ihre Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie zur Unterstützung der Kommunisten mißbraucht hatten.

Es wird jedoch vermutet, daß, wie das „Rußlandkomitee“ nur eine vorgegebene Firma ist, auch die angeforderten Referenten nur Strohmänner sind. In Wirklichkeit sollen Iwan Kog, Geithner, Gotha und Weber die Absicht haben, über die Umstände zu sprechen, die zu ihrem Ausschluß aus der KPD. führten. Und Scholem wird seine bekannte „These“ entwickeln: „Die heutige KPD. steht weiter rechts als die SPD. Was heute in der KPD. den Ton angibt, sind wildgewordene Spießbürger.“

Sozialdemokratische Arbeiter ziehen es vor, diese Auseinandersetzungen nur von ferne zu genießen.“

Der Prozeß ohne Hauptangeklagten.

Kritiker erkrankt. — Trennung des Verfahrens.

Der Beginn der heutigen Verhandlung gegen Kritiker und Genossen verzögerte sich etwas, da Kritiker nach der gestrigen Sitzung zusammengebrochen war und auf Anordnung der Ärzte das Bett aufsuchen mußte. Der Vorsitzende beauftragte Geheimrat Krauß, sich sofort im Auto zu Kritiker zu begeben, um zu untersuchen, ob Kritiker simuliere oder ob er wirklich verhandlungsunfähig sei. Der Vorsitzende betonte dabei, daß, wenn Kritiker längere Zeit der Verhandlung nicht beiwohnen könne, er das Verfahren abtrennen müsse.

Geheimrat Krauß erklärte darauf, daß bei dem zweifellos sehr ersten Zustande Kritikers seine Vernehmung nur möglich sei, wenn bei Kritiker der Wille, durchzuhalten, vorhanden wäre. Die Verteidigung habe gestern den Ärzten vorgeschrieben, sie ließen Kritiker im Gerichtsamt sterben. Ein tödlicher Unfall könne zweifellos jeden Augenblick eintreten und eine Kognition seinem Leben ein Ende machen. Wenn das Gericht das Verfahren durchzuführen wolle, müsse es auf den Angeklagten volle Rücksicht nehmen.

Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß es dann nicht möglich sein werde, den Prozeß anders zu Ende zu bringen, als das Verfahren gegen Kritiker abzutrennen.

R. A. Dr. Ribbel gab für Kritiker die Erklärung ab, daß er dem ganzen Prozeß beizuwohnen wünsche. Er habe für Kritiker weiterhin die Erklärung abzugeben, daß dieser bestritte, sich irgendwelche schuldig gemacht zu haben. Er sei der einzige, der alle Geschäfte beherrsche, und schon um für seine Söhne einzutreten zu können, werde er alles aufbieten, um durchzuhalten.

Salon-Lustspiel.

Im Residenztheater wird man sichlich erfreut, dem seinen Kopf Lothar Schmidts durch vielen Beifall bestätigen zu dürfen, daß er im Genre des leicht geplauderten Salonlustspiels eine besondere und mit Recht gesuchte Kornprobe ist. Nicht zu tief und nicht zu flach, immer ein kultivierter Mann, der lächelnd Bonmots austreut. Das ist Lothar Schmidt. Man spielt seine Komödie „Blatonische Liebe“. Man braucht ihm gar nicht zu mißtrauen, da er nicht mit Ueberchwenglichkeit empfangen sein will. Er ist ein Stimmungsmacher des Theaters, und im übrigen ganz und gar Theatermann. Wir finden die bürgerliche Gesellschaft, die er aufs Korn nimmt, ganz niedlich, wenn auch ein wenig hausbacken. Aber das ist nicht die Schuld des wipigen Verfassers.

Es regt uns nicht sonderlich auf, daß Herr Rechtsanwalt Sando auf Herrn Hartung und seine junge Gattin eifersüchtig ist. Die junge Frau hat nämlich an Herrn Hartung, der ein fleißiger Verfasser von Süßholzromanen ist, einen Rarren getroffen, wodurch sie sich ermuntert fühlt, mit dem bewußten Herrn eine Sedenkorrespondenz einzufäden. Dieses Briefbündel entdeckt der Rechtsanwalt in der Schublade seiner hübschen Gattin, worauf denn natürlich ein mächtiger Spektakel erfolgt. Der Spektakel dauert zum Glück nur solange, bis herauskommt, daß Herr Hartung gar kein Mann, sondern erstens ein weiblicher Bloustrumpf und zweitens eine Vogelscheuche ist. An belagter Entlarzung freuen sich dann nicht nur die verächtlichen Eheleute, sondern auch die Schwiegermutter aus Schlesien und Arnold, der Maler, der Jugendfreund des Berliner Döhle, ein Künstler, der offenbar durch jaftige Burschenschaftler erregt, was ihm an Genie fehlt.

Dieses Salontheater berührt kaum etwas von den Sorgen, die unsern Geist, unsern Körper und unser Portemonnaie aufbrauchen. Es eignet sich aber vorzüglich für die Erholung von Kurmaltern und aufstiehrten Steuerzahlern.

Die Aufführung des Residenztheaters blieb hinter den feinen Absichten des Verfassers weit zurück. Man spielte spießige Burleske, wo doch zarte, abgewogene Plauderei am Platz gewesen wäre. R. S.

Die Vergnügungen des Lionentheaters. Das Theater des leichten Gemüthes sowie der Un- und Auszüglichkeiten wartete mit einer seltsamen Programmänderung auf. Zuerst die Spezialität des Hauses und dann ein Heijermanns. Der Titel des Lustspiels von Pirabeau und Guillon: „Ein nacktes Mädel gefunden“ ist verheißender als sein Inhalt. Mit breitem Fingel wird ein aristokratisches Milieu hingeführt. Der verarmte gräßliche Lebemann, der von dem Golde und dem Verstande seines Dieners lebt, muß seiner Tochter eine reiche Partie besorgen. Papa und Mama, dieses Provinzspiekerium, rückt mit dem braven Sohn an. Aber das Lächerliche entwickelt, sie will vor der Verlobung ihre freie Zeit noch ausgeben. Sie geht auf einen Ball, wird dort für einen Festzug nach ausgezogen, rettet sich mit einem geliehenen Mantel ausgerechnet zu dem künftigen Verlobten. Die beiden verlieben sich natürlich in einander — in aller Harmlosigkeit, verheiratet sich. Am nächsten Tage ist die Verlobung bedroht, bis das Färchen sich gegenübergestellt wird. Erika Ringast bestand die verhängliche Situation mit Glück und hatte ein paar gute Romant. Gustav Heppner gab dem Grafen

Der Vorsitzende erklärte nach kurzer Beratung des Gerichts, daß das Gericht Kritiker nicht den guten Willen zur Verhandlung abspere, und daß er nicht aus Simulation ferngeblieben sei. Die Verhandlung werde daher in der bisherigen Weise fortgeführt.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Montag früh 10 Uhr vertagt.

Knoll enthüllt.

Weshwegen die Revolution gelang.

Knoll, der Vertrauensmann der Staatsanwaltschaft in der Kampagne gegen Barmat, kommt mit neuen Enthüllungen heraus. Diesmal greift er weiter zurück. Er befaßt sich mit der Revolution, wie er sie sieht. Die Sache ist nämlich die: hätten sich in den Novembertagen alle Offiziere so verhalten wie G. R. der Pionierhauptmann Knoll, so hätte es überhaupt keine Revolution gegeben. Das haben sie aber nicht getan, denn sie waren — nach dem Zeugnis des Pionierhauptmanns a. D. Knoll — erbärmliche Feiglinge, die es vorgezogen, davonzulassen und sich schleunigst in Zivilkleider zu stecken. Als Beispiel führt Knoll die Geschichte des 24jährigen Leutnants Balz an:

Balz begab sich sofort nach der Teltower Strafe vor die Kaserne, schnitzte sich selbst die Achselstücke ab und forderte die an den Fenstern befindlichen Mannschaften auf, ihm zu folgen. Er sei jetzt ihr Kommandeur. Er ließ sich dann aus dem Pferdestall das Pferd des Kommandeurs holen und zog mit den Reuten in die Stadt. Der wirkliche Kommandeur dieses Bataillons, Hauptmann Räder, hatte leider auf die Nachricht, Balz sei unterwegs, sich nach Hause begeben und Zivil angezogen, ohne auch nur seinem Adjutanten, Leutnant der Reserve Vohmann, ein Wort zu sagen. Dieses Verhalten hat es natürlich dem Balz erheblich erleichtert, das führerlose Bataillon für seine Zwecke zu mißbrauchen. Es waren genügend gute Elemente vorhanden, die unter energischer Führung wahrscheinlich die Oberhand behalten hätten. Der degradirte Gelehrte Knoll, dem Balz am nächsten Tage zum Bataillonkommandeur ernannt, hat mir selbst unangefordert mitgeteilt, es wäre anders gekommen, wenn ich dort gewesen wäre. Auch hätte ich schon am 12. November dieses Bataillon, bei dem ich kein einziger Offizier mehr befand, ebenso fest in meiner Hand, wie alle anderen Bataillon im Bereiche der Inspektion. Eine große Anzahl derselben Unteroffiziere und Mannschaften, die am 9. November dem Oberleutnant Balz folgten, ist im Januar 1919 bei mir freiwillig eingetreten. Gerade diese Leute haben zu dem Ruf der vorzüglichen Disziplin und der Strammheit, den meine Formation hatte, erheblich beigetragen.

So ist das nun. Der Hauptmann läuft vor einem 24jährigen Leutnant davon, kein einziger Offizier zu finden und — Pech über Pech! — G. R. der Pionierhauptmann Knoll, nicht zur Stelle. Schade. Knoll hat seine große Stunde veräumt. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als eine leichtgläubige Staatsanwaltschaft mit seiner genialen Persönlichkeit zu beglücken und hinterher über die Feigheit der anderen Offiziere zu schimpfen.

Ist es verwunderlich, wenn die Leistungen der Justizbehörden angesichts derartiger Hilfsarbeiter die wunderbarsten Formen annehmen? Man wird jedenfalls der „Deutschen Zeitung“ dankbar sein müssen, daß sie die Deffenlichkeit auch mit dieser Seite des großen Enthüllers Knoll bekanntmacht.

Die Reichsregierung in München.

Aussprache im „Ministerium des Neuen.“

München, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Reichsminister Dr. Luther, Reichsinnenminister Dr. Rütz, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sind am Sonnabend vormittag in München eingetroffen und vom bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held empfangen worden. Anschließend fand eine Besichtigung des Deutschen Museums, Abteilung Wasserkraft, und ein Besuch des Reichsfinanzhofes statt. Um 1 Uhr folgten die Herren einer Einladung zum Frühstück beim Ministerpräsidenten. Für Nachmittag zwischen 4 und 7 Uhr ist die eigentliche Aussprache im Ministerium vorgelesen, woran sich abends ein großer Empfang beim Ministerpräsidenten angeschlossen.

die vorgeschriebene Dose Trottelhaftigkeit und Alfred Neugebauer dem Verlobten die blöde Brautheit des streblamen jungen Mannes. — Heijermanns „Brandstifter“, das bekannte Bravourstück für einen Schauspieler, der in sieben Rollen auftritt, bot Henri de Vries eine vollkommen ausgenutzte Gelegenheit, seine Bewandlungsfähigkeit in Wasse und Spiel zu zeigen. —

Auf der Suche nach dem Reichschrenmal. Seit die Reichsregierung in einer besonderen Kommission des Reichschrenmal für die Kriegsoffer als Heldentat in Mitteldeutschland beschlossen hat, ist der Reichsfinanzminister Dr. Redlob als Beauftragter dieser Kommission mehrfach in Thüringen gewesen, um zu den verschiedenen Vorschlägen für den Platz Stellung zu nehmen. Es sind eine ganze Reihe von Punkten namhaft gemacht worden, die für ein solches Ehrenmal wegen ihrer landschaftlichen Schönheit vorzüglich in Betracht kommen. Vorgeschlagen wurden z. B. in der Nähe von Weiningen der Dolmar, dann Pläze bei Weimar und im Schwarzwald, bei Koburg, Gotha und Eisenach, in der Nähe von Oberhof insbesondere der Donnersberg, der schon in allgermanischer Zeit eine Opferstätte war und nächst dem Injelsberg und Beerberg die höchste Erhebung des Thüringer Waldes darstellt (926 Meter), endlich auch der Beerberg selbst (882 Meter).

Die Theaterausstellung in Magdeburg auf 1927 verschoben. Die Eröffnung der Ausstellung „Maste Magdeburg“ ist auf Mai 1927 vertagt worden, nachdem der leitende Architekt es für ausgeschlossen erklärt hat, auch im Fall einer Verschiebung des Beginns um mehrere Monate der Ausstellung den von ihm vorgesehenen künstlerischen Rahmen zu geben. Die Organe der Theaterausstellung sind jedoch auf Grund des in allen Fachkreisen bekundeten Interesses der Bewusstheit, daß die Ausstellung im Jahre 1927 einen vollen Erfolg bringen wird.

Der Kampf um den Großglockner. Vor kurzem ging durch die Zeitungen die Mitteilung, der gegenwärtige Besitzer des Großglocknergebietes, ein Herr Weller aus Essen, beabsichtige, den Berg für die Alpinisten zu sperren und das Besteigen des Großglockners zu verbieten. Oesterreichische Zeitungen führten aber aus, daß diese Nachrichten nicht den Tatsachen entsprechen. Sie veröffentlichten eine von unterrichteter Seite abgegebene Erklärung, derzufolge es dem Alpenverein gelungen sei, mit Hilfe einer großen privaten Spende das Gebiet in seinen Besitz zu bringen. Eine Schließung des Großglocknergebietes ist damit verbunden. Aber größter Gedanke bleibt, daß irgendein Privater große Naturschätze erwerben und der Allgemeinheit vorenthalten kann. Was dem Großglockner droht, kann mit anderen Bergen und Seen ebenso geschehen. Gegen solche Attentate könnte nur ein großzügiges Enteignungsgefeß schützen.

Erkauführungen der Weide. Dienst. Trübses Id. „Unter Kinder.“ — Ballner, Id. „Der bl. Brunnen.“ — Donnerst. Schöb. — Id. „Glaube u. Geimat.“ — Id. d. Weltens. „Gräb. Pariza.“ — Id. d. Kollstr. „Als ich noch im Kägel. — Id.“

Urania-Vorläge. Täglich: „Wald und Heide.“ — Sonntag (5 u. 7 U.). „Glockenblume.“ — 25 Montag täglich (5 u. 7 U.). „Polarspekt mit München.“

Agnes Schaub, die mit Ablauf dieser Spielzeit das Staatstheater des Licht, hat sich für das Spieljahr 1926/27 der Volksbühne verpflichtet.

England erhebt keine Einwendungen. Um die deutsch-russischen Verhandlungen.

London, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister empfing am Freitag nachmittag den französischen Botschafter in London. Es ist anzunehmen, daß dieser Empfang mit den deutsch-russischen Vertragsverhandlungen in Zusammenhang steht und den Zweck hatte, die englische und französische Meinung über die diplomatische Aktion auszutauschen.

In einer Reuter-Erklärung wurde nach Abschluß der Besprechungen festgestellt, daß der deutsch-russische Vertrag nach den in London vorliegenden Informationen keine geheimen Neutralitätsklauseln enthalten werde. Die deutsche Regierung, so hebt Reuter hervor, sei bezüglich der Verhandlungen über diesen Vertrag offenherzig gewesen und habe Lord d'Abernon sofort bei Beginn der Verhandlungen informiert. Später sei der englischen Regierung eine sehr bestimmte Versicherung gegeben worden, wonach der Vertrag in erster Linie ein wirtschaftliches Abkommen bedeuten und weder den Bestimmungen der Locarno-Verträge noch den Satzungen des Völkerbundes widersprechen werde. Reuter betont schließlich, die Annahme sei berechtigt, daß in russischen Regierungskreisen erhebliche Enttäuschung über die bisherigen Verhandlungen bestehe, da es der Sowjetregierung nicht gelungen sei, die deutsche Regierung zu veranlassen, über den durch den Locarno-Vertrag gegebenen Rahmen hinauszugehen und dem Vertrag einen politischen Charakter zu geben. Es seien jetzt Bemühungen für eine bestimmte Tendenz innerhalb der Sowjetkreise vorhanden, die Bedeutung des Vertrages künstlich zu vergrößern und es so darzustellen, als ob dieser Vertrag viel bedeutsamer und weitreichender sei, als es wirklich der Fall ist.

Auch Polen nicht beunruhigt.

Wien, 17. April. (ZTB.) Der polnische Ministerpräsident Graf Strzyński empfing gestern die Vertreter der in- und ausländischen Presse. In einer Ansprache gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß eigentlich zwischen den Kulturnationen keine Unterschiede bestehen sollten und dürften. Die Realpolitik des Hasses sei schließlich doch keine Realpolitik. Besser wäre eine Gesühlpolitik mit ihrem Verständnis für die Fragen der ganzen Menschheit. Der Skeptizismus sei nur ein Mangel an Willen und Laikraft der Jugend. Die Zukunft gehöre der Laikraft, dem Idealismus und dem Fortschritt.

Strzyński erläuterte dann die in seinem Prager Trinkspruch aufgefallene Wendung von einem slowischen Block. Das in seiner französischen Rede gebrauchte Wort mit der Uebersetzung „Block“ sei im Deutschen nicht ganz richtig wiedergegeben. Es habe sich um den Wert und die Aufgaben des Völkerbundes gehandelt. Bei dieser Gelegenheit habe er daran erinnert, daß Polen und die Tschechoslowakei in der Geschichte auf zahlreiche gemeinsame Schicksale zurückblicken können, daß sie zu Zeiten unter einem gemeinsamen König gestanden hätten. Nunmehr sei wieder die Möglichkeit geboten, daß die beiden Staaten im Rahmen und im Geiste des Völkerbundes sich angesichts ihrer geographischen Lage und ihrer gemeinsamen Rasse kulturell und wirtschaftlich wieder enger zueinander finden könnten. Von einem slowischen Block in politischem und gar in aggressivem Sinne habe er selbstverständlich nicht gesprochen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen brauchen seiner Ansicht nach niemand zu beunruhigen. Er kenne den genauen Inhalt der Verhandlungen natürlich nicht, glaube aber nicht, daß die deutsche Regierung irgendwelche Verträge eingehen werde, die den in Locarno getroffenen Abmachungen und dort eingegangenen Verpflichtungen widersprechen würden.

Strzyński hat einen Schiedsvertrag mit Oesterreich in Wien unterzeichnet und ist nach Warschau zurückgekehrt.

Das Minderheitenproblem. Starker Rückgang der Fremdsprachigen.

Die am 16. Juni 1925 abgehaltene Volkszählung hat — wie jetzt bekanntgegeben wird — soweit Preußen in Frage kommt, einen starken Rückgang der fremdsprachigen Minderheiten ergeben. Als Anhaltspunkt hierfür hat die preussische Statistik die Angaben über die Muttersprache genommen. Während die Zahl der Personen, die zwei Muttersprachen angegeben haben, gestiegen ist, sind die Angaben der polnisch, majarisch oder dänisch sprechenden Bevölkerungsteile in Preußen zurückgegangen. In elf Kreisen der alten Provinz Oesterreich ist die Zahl der Muttersprachen von 172.000 im Jahre 1910 auf 43.000 im Jahre 1925 gesunken. Die Zahl der Personen mit deutscher und majarischer Muttersprache ist von 12.700 auf 26.700 gestiegen. In 19 oberösterreichischen Kreisen ist die Zahl der Polen von 579.000 im Jahre 1910 auf 155.000 im Jahre 1925 gesunken, während sich die Zahl der Personen mit deutscher und polnischer Muttersprache von 51.000 auf 374.000 vermehrt hat. In drei Kreisen des Ruhrgebiets, die 1910 die stärkste polnische Bevölkerung hatten, scheint die Zahl der reinen Polen auf fast ein Zehntel, die der Polen und Doppelsprachigen zusammen auf ein Drittel bis ein Viertel zusammengeschmolzen zu sein. Ein ähnlicher Rückgang ist bei den Dänen in Nordschleswig zu beobachten.

In keinem der gemischtsprachigen Gebiete haben die fremdsprachigen Minderheiten das Uebergewicht. Selbst in Ober- und Niederschlesien haben nur 43 Proz. der Bevölkerung polnisch oder polnisch und deutsch als Muttersprache angegeben, dagegen mehr als 50 Proz. deutsch. In den gemischtsprachigen Gebieten versteht außerdem der allergrößte Teil der fremdsprachigen Personen die deutsche Sprache.

Die Begabtenprüfung. Bisherige Erfahrungen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags forderte anlässlich der Beratung des Schulhaushalts von der Regierung u. a. Auskunft über die Erfahrungen, die man mit der vor zwei Jahren eingerichteten sogenannten Begabtenprüfung bisher gemacht hat. Von einem Vertreter des Kultusministeriums wurde mitgeteilt, daß in der Zeit seit dem 1. Mai 1924 insgesamt 607 Anträge auf Zulassung gestellt worden sind. Ein großer Teil dieser Anträge beruhte jedoch auf mißverständlichen Auffassungen über die Begabtenprüfung, so daß nur 173 Anträge zugelassen werden konnten. Davon haben 61 Personen die Erprobungsprüfung bestanden; 78 haben nicht bestanden, 6 sind zurückgetreten, 23 sind noch nicht geprüft. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die von der Volksschule kommenden Begabten ein höheres Maß an Allgemeinbildung zeigten als die etwa von der Sekunda einer höheren Lehranstalt abgegangenen Schüler. Alles in allem, so betonte der Vertreter des Kultusministeriums, kann man sagen, daß manchem der prüfenden Professoren „eine neue Welt“ aufging bei der Beobachtung, welches Maß an Begabung und Allgemeinwissen in der Arbeiterschaft vorhanden ist.

Die Eröffnung der Hygieneausstellung

Auftakt zur Reichsgesundheitswoche.

Als Auftakt der morgen in der Aula der Universität zu eröffnenden Reichsgesundheitswoche fand heute vormittag die Eröffnung der Allgemeinen deutschen Hygiene-Wesche und -Ausstellung im Hause der Kunst-Industrie am Kaiserdamm statt. Zahlreiche Vertreter der Landes- und der Kommunalbehörden, sowie der Tages- und der Fachpresse waren anwesend. Im Namen des Berliner Reichsanwaltes begrüßte der Direktor Dr. Adolf Schick die Anwesenden. In Vertretung des am Kommen verhinderten preussischen Wohlfahrtsministers Hirtfelder nahm Ministerialdirektor Dr. Krohne das Wort. Er wies auf die hohe Bedeutung der Volksaufklärung und der Hygiene hin. Es sei sehr glücklich, daß in dem Brennpunkt des Interesses an der Reichsgesundheitswoche die eröffnete Ausstellung und Wesche gestellt worden sei. Dann erklärte der Redner die Ausstellung für eröffnet. Der Berliner Stadtmittelrat Prof. Dr. v. Drigalski sprach im Auftrag der Stadt Berlin. Die Stadt Berlin habe es sich angelegen sein lassen, alle praktischen Maßnahmen zu treffen, um den Rückgang der Säuglingssterblichkeit herbeizuführen. In dieser Beziehung sind glückliche Erfolge zu verzeichnen. Der Direktor des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin, Prof. Dr. Hoffmann, betrachtete in seinen Ausführungen den überragenden Wert zweckmäßiger und moderner hygienischer Einrichtungen im Rahmen der neuzeitlichen Kommunalverwaltung. Landesrat Dr. Brunn wies als Vertreter der Landesversicherungsanstalt Berlin auf den großen Anteil der Reichsversicherungssträger an der hygienischen Volksaufklärung hin. Heute habe man endlich erkannt, daß Vorbeugen wichtiger sei denn Heilen, und daß auch die Versicherungsnehmer dazu erzoogen werden müssen, auch von sich aus dafür zu sorgen, daß sie sich die Gesundheit erhalten. Zum Schluß sprach Dr. Hans Boywitz, Syndikus der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungssträgern, und erläuterte besonders die Abteilung 3 der Ausstellung, die ein glückliches und klares Aneinandergreifen der Arbeit und der Sozialversicherung zeige.

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier fand ein Rundgang durch die Wesche und Ausstellung unter Führung des Leiters der Ausstellung Dr. Rorenhofer statt. Sie ist keine tote Ausstellung, sondern sie wird während ihrer Dauer durch den Wechsel praktischer Vorführungen stets bewegtes Leben vor Augen führen. Rettungstafeln, Kinderpflege, Schutzvorrichtungen, Eignungsprüfungen usw. werden praktisch gezeigt werden. Vorträge, Fachkongresse, Tagungen, Versammlungen werden im großen Hörsaal des Kunsthauses gehalten werden.

Vorträge zur Reichsgesundheitswoche.

Der Sachausschuß der Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat an-

Explosionsunglück auf dem Flugplatz.

Bei der Ankunft der mexikanischen Kommission.

Heute mittag kam es bei dem Besuch der mexikanischen Studienkommission auf dem Tempelhofer Feld zu einem schweren Explosionsunglück, dessen Opfer ein Toter und ein Schwerverletzter wurden. Die Luftschiffhalle hatte die Mexikaner zu einem Flug über Berlin eingeladen. Beim Abheben von Ehrenschiffen für die mexikanischen Gäste explodierte ein Schuß noch in der Kapsel; ein Arbeiter wurde von den herumliegenden Eisenstücken an einer Schlagader getroffen und sofort getötet. Ein anderer erlitt schwere Handverletzungen. Die Detonation war überaus stark und fast mit einer Explosion vergleichbar.

Von einem Augenzeugen wird uns weiter mitgeteilt: Es wurden insgesamt 9 Böllerschüsse abgegeben. Der letzte Schuß war standortfremd von der Fabrik statt mit der üblichen Papptafel mit einer Stahlkapsel umgeben. Die Hülle wurde zerissen und unter furchtbarem Krachen flogen die Eisenstücke durch die Luft. Trotz schnellster Flucht konnten sich die Unglücklichen, die in der Nähe beschäftigt waren, nicht in Sicherheit bringen. Dem einen der Arbeiter wurde die Schlagader vollständig durchgerissen. Er war sogleich tot. Der andere trug erhebliche Handverletzungen davon. Daß man bei dem Abheben der Böllerschiffe überaus leichtsinnig vorging, beweist die Tatsache, daß noch etwa 30 Meter entfernt arbeitende Arbeiter ein schmales Stahlblechstück aufgefunden haben. Die Mexikaner befanden sich in unmittelbarer Nähe der Unglücksstätte.

Wie uns ferner berichtet wird, handelt es sich bei dem Getöteten um den Arbeiter Friedrich Kutter, der aus dem Saarland stammt und zurzeit in Reutlitz wohnt. Er war seit einiger Zeit auf dem Flugplatz Tempelhofer Feld als Schmied tätig. Der zweite Verletzte, der auf dem Flugplatz die erste Hilfe erhielt und dann nach dem Krankenhaus transportiert wurde, konnte bereits wieder entlassen werden, da sich die Verletzungen als nicht schwer herausgestellt haben.

Kommunisten und Erwerbslose.

Das nennen sie praktische Hilfe.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hat bei der Erwerbslosen-Debatte Genosse Ulrich ausdrücklich festgestellt, daß die Kommunisten im Erwerbslosenausschuß ihren Antrag auf Verringerung der Entlassungspapiere der beim Streit auf den Rehbergen entlassenen Koloniarbeiter zurückgezogen haben, weil „sie in direkten Verhandlungen mit dem Bezirksamt Wedding eine befriedigende Lösung des Konflikts erzielt hätten“.

Wie wichtig diese Feststellung war, zeigte der Verlauf der Bezirksverordnetenversammlung Wedding gestern Abend. Die Kommunisten hatten offenbar wenig Interesse an einer sachlichen Behandlung ihrer Erwerbslosen-Anträge, so daß sogar ihr Redner die Wortmeldung verweigerte. Der Bezirksbürgermeister, Genosse Leib, konnte in Beantwortung der Anträge und Anfragen feststellen, daß die befriedigende Erledigung des Konflikts auf die eigene Initiative des Bezirksamts zurückzuführen sei. Da die Koloniarbeiter in den Rehbergen vom Reich finanziert werden, hätte das Bezirksamt darauf halten müssen, daß auch wirklich gearbeitet wird. Eine kleine Gruppe von Erwerbslosen hätte aber stundenlang in der Kneipe gesessen und dem Kolonnenführer erklärt, er habe ihnen gar nichts zu sagen und sie würden ihm die Sack voll hauen. Die arbeitscheuen Elemente unter den Erwerbslosen hätten die anderen umgedreht mit dem Ziel, die Arbeit zu stören. Arbeiterfrauen und Passanten seien befähigt worden, so daß schließlich nach vielen Verhandlungen dem Bezirksamt nichts anderes übrig blieb, als die Arbeiten einzustellen. Das sei besonders auch deshalb geschehen, um die anständigen Arbeiter unter den Erwerbslosen nicht in Verzug zu bringen. Bei der Wiederentstellung der entlassenen Koloniarbeiter habe man Familienmitglieder bevorzugt, die Kräfte aber, die meistens ledig waren, sollten nicht wieder eingestellt werden. Die von diesen Leuten angeführte Unterstellung der in verkannter Solidarität am Streik Teilnehmenden sei ausgeblieben, so daß die Leute nun ohne Hilfe

läßlich der Reichsgesundheitswoche folgende Veranstaltungen getroffen: Sonntag, den 18. April 1926, vormittags 11 1/2 Uhr, Sonderausführung des Films „Falsche Scham“ im Konzertsaal am Rollendorplatz. Preis für alle Plätze gleichmäßig 65 Pf. Montag, den 19. April 1926, nachmittags 4 Uhr, Vortrag für Frauen, gehalten von Prof. Schäfer über „Die klinische Bedeutung der Fehlgeburt“. Freitag, den 23. April 1926, nachmittags 4 Uhr, Vortrag Stadtrat Dittmer über „Die öffentliche Gesundheitspflege und die dazu notwendige Ausbildung des Pflegepersonals“. Sonnabend, den 24. April 1926, nachmittags 3 1/2 Uhr, Vortrag Dr. Meyer-Broditz über „Gewerbekrankheiten“. Die drei Vorträge finden im Vortragsaal der Hygiene-Ausstellung am Kaiserdamm mit einer anschließenden Führung durch die Ausstellung statt. Der Preis für Vortrag inkl. Besichtigung der Ausstellung beträgt 50 Pf. Karten sind im Verbandsbureau zu haben.

Gesunde Hauswirtschaft und Ernährung.

Auch im Gesundheitshaus Kreuzberg, Am Urban 10-11, wird zurzeit eine Ausstellung gezeigt, die der Förderung einer gesunden Hauswirtschaft und Ernährung dienen soll. Von der vorausgegangenen Ausstellung „Wohnung und Hausrat“ hat man die sehr eindringlich wirkenden Zimmer ziehen lassen, die bei etwa gleichem Klimaterial einmal durch hübschen Farbenanstrich und Weglassung alles Ueberflüssigen wohnlich und behaglich gemacht wurden, und die auf der anderen Seite im Zustande des Verfalls und der Vernachlässigung die typischen Arme-Leute-Wohnungen demonstrieren. Dazu haben die Bildhaller-Werkstätten Räume angefüllt, die allerdings trotz der verhältnismäßig billigen Preise und eines sehr günstigen Teilzahlungsplans den meisten Arbeiterfamilien unerreichbar bleiben dürften. Einfache Badeeinrichtungen verweisen auf zweckmäßige Hygiene, praktische Kochgeschirre, sparsame Gaskocher, Kochherde und Ofen wollen einen Weg zum Wirtschaften ohne Kraft- und Geldverschwendung zeigen. Tabellen belehren die Hausfrau, wie sie nahrhafte Kost wohlfeil und schmackhaft herzustellen vermag, und fertige Gerichte lehren sie gleichzeitig appetitlich anzurichten. Ein besonderer Teil dieser Ausstellung dient dann noch der Bekämpfung des medizinischen Kurpfuschertums, das in der Gegenwart wie nur je blüht. Die wirkungsvolle Ausstellung wurde vor geladenen Gästen und Pressevertretern mit einer Ansprache von Stadtrat Conrad eröffnet. Er wies auf das Verdienst des leider zu früh verstorbenen Bürgermeisters Dr. Kahle hin, dem die Eröffnung des Gesundheitshauses Kreuzberg zu danken ist. In diesem einen Jahr seines Bestehens hat das Haus nun bereits drei Ausstellungen gesehen und einen Besuch von etwa 40.000 Personen zu verzeichnen gehabt. Freilich ist es nötig, daß neben diesen sehr wirksamen Demonstrationen für gesunde Lebensführung auch den Menschen die Möglichkeit gegeben werde, ihren Willen dazu in die Tat umzusetzen. Dafür ist aber vor allem Wohnungsbau notwendig. Aber es ist wichtig, daß die Menschen lernen, ihre heute gerade sehr beschränkten Wohnräume hygienisch zu gestalten. So will man auch diese Ausstellung jedermann zugänglich machen; an zwei Tagen der Woche, Sonntags und Mittwochs, unentgeltlich, Arbeitslosen soll jederzeit kostenlos Zutritt gewährt werden.

Das ist. Der folgende Redner der Kommunisten mußte zugeben, daß in der Tat unlautere Elemente die Störungen verurteilt hätten. Als unter Genosse Blachitz darauf hinwies, daß bei dieser wichtigen Erwerbslosenangelegenheit ein kommunistischer Stadtrat dieses Resorts fehlerhaft sei, rief der Fraktionsvorsitzende der Kommunisten dazwischen: „Wir pfleien auf unsere Stadträte, aber Bezirksamtsvertreter müssen zum Teufel gejagt werden!“ Den Kommunisten ging die ordnungsmäßige Erledigung ihrer Demonstrationsanträge zu langsam und der schon erwähnte Fraktionsvorsitzende ließ sich abermals zu einem Zwischenruf verleiten: „In der demokratischen Republik geht's zu langsam, in der Monarchie geht's schneller.“

Wenn auch die Kommunisten mißsam ihrem intelligenten Fraktionsvorsitzenden bisher noch nicht viel für die arbeitende Bevölkerung getan haben, so haben sie doch in der Bezirksverordnetenversammlung auf dem Wedding bei den ernstesten Dingen stets für eine heitere Note gesorgt.

Zur Wiederbesetzung des Stadtschulratpostens.

Die Unmöglichkeit, das Schulwesen der Stadt Berlin noch länger von dem hierzu ungeeigneten Stadtrat Benedek leiten zu lassen, wurde in der Generaldebatte über den neuen Haushaltsplan von dem sozialdemokratischen Redner Genossen Czeminist betont. Damit Berlin den Schulratersitz Benedek endlich los wird, hat jetzt die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, der Stadtverordnetenversammlung baldigst eine Vorlage, betreffend die Wiederbesetzung der Stelle des Stadtschulrates, vorzulegen. Czeminist und Genossen.“

Ein dreierlei Heiratschwinder namens Sitowski, der durch falsche Ehebereden mehrere Hausangestellte um Geld und die Hoffnungen auf eine Ehe betrogen hatte, wurde von dem Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges im Rückfalle zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Jugend als Pionier der internationalen Verständigung. Ueber dieses Thema spricht die Genossin Maria L. Wolf auf Sonntag in einer Jugendfeierstunde in Reutlitz am Sonntag, 18. April, nachmittags 10 Uhr, in der Philipp-Reinholdt-Straße, Kranichstr. 16. Maria L. Wolf ist die Jugendsekretärin des internationalen Verständigungsbundes. Sie kommt von einer Studienreise aus Skandinavien und Rußland und wird über die Einbrüche berichten.

Schweres Unglück eines Truppenautos.

Zwei Mann tot, mehrere schwer verletzt.

Uerzig (Rosen), 17. April. (ZTB.) Bei einem Wunderversuch ist hier ein zum Truppentransport verwendeter Militärkraftwagen schwer verunglückt. Der Fahrer des dritten Wagens der Kolonne vorer in den scharfen Kurven der Landstraße an der Roselöhöhe, oberhalb von Uerzig, die Herrschaft über seinen mit 20 Mann besetzten Lastkraftwagen, der gegen die Schuttmauer am Straßenrand rammte, dieselbe durchbrach und den steil abfallenden Weinberg herunterstürzte. Nachdem der Wagen sich drei- bis viermal überschlagen hatte, durchschlug er das Dach eines unter dem Weinberg liegenden Hauses. Ein Teil der Soldaten sprang während des Unfalls von dem Wagen ab und kam mit leichteren Verletzungen davon. Zwei Mann waren sofort tot, die anderen sind größtenteils sehr schwer verletzt. Während der Nacht soll ein dritter Soldat gestorben sein. Weitere Todesfälle werden befürchtet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Al. Wbl. Tempelhofer. Die Parteiführer holen heute abend von der Genossin Bockert die Kandidaten ab und wählen sie am Sonntag. Sozialdemokratische Gruppe Tempelhofer. Heute abend Treffpunkt abends 11 Uhr. Berliner Arbeiterklub. Nachmittags Sonntag früh 6 1/2 Uhr Schöneland. Todt Bernoulli-Klub.

